

# Riesauer Tageblatt

Drahtanschrift:  
Tageblatt Riesa.  
Herausg. Nr. 20.  
Postfach Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Riesauer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beförderlichste Blatt.

Postkonten:  
Dresden 1530.  
Girokonto:  
Riesa Nr. 52.

Nr. 244.

Mittwoch, 18. Oktober 1933, abends.

86. Jahrg.

Das Riesauer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschließlich Postgebühr (ohne Zustellungsgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abgabe- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Reklameweile 100 Gold-Pfennige; getraubender und unebellacher Satz 50%, Aufschlag. Feste Karte. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konflikt gerät. Zahlungs- und Verfallsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Druckerente ober der Vertriebsanstaltungen — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Druck- und Verlagsanstalt: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

## Adolf Hitler auf der Führertagung der NSDAP.

### Neuraths große Rede.

Eine Rede, die der deutsche Außenminister Freiherr von Neurath am Montagabend in den Räumen des Propagandaministeriums vor den Berliner Vertretern der ausländischen Presse gehalten hat, wird in Berliner politischen Kreisen auf das lebhafteste diskutiert. Man sieht dieser Rede allseits die allergrößte Bedeutung bei, weil es der deutsche Außenminister verstanden hat, eine so klare und treffende Untermauerung für die entscheidenden Schritte der Reichsregierung vom 14. Oktober zu geben, daß die klare Lage der gesamten internationalen Situation erkennbar wird, die im Augenblick zu verzeichnen ist.

Während sich die ausländischen Regierungen noch in Ermüdung hüllen, während der Präsident der Abrüstungskonferenz denkwürdigen am Montag nachmittag eine ebenso merkwürdige, wie mit den Tatsachen nicht in Einklang zu bringende Erklärung veröffentlicht hat, zeigt der deutsche Außenminister klar und bestimmt die Dinge auf, die Deutschland amangestrichen zu sein folgen. Die Entscheidung umgingen mußte. Die Neurath-Rede ist auf Grund dieser Haltung deshalb so bedeutsam, denn nun ist es — wenn man im Ausland überhaupt noch Wert darauf legt, einigermaßen objektiv angesehen zu werden — nicht länger mehr möglich, mit irgendwelchen Argumenten gegen Deutschland zu spielen. Die Auslandspresse ist nicht länger in der Lage, mit dem Argument zu jonglieren, man sei von Deutschlands Schritt völlig überrascht worden. Gewiß hat die Auslandspresse eine erhebliche Ueberraschung erfahren. Die maßgebenden Staatsmänner jedoch waren von Deutschland mit aller Deutlichkeit davon unterrichtet worden, daß man nicht länger ein ebenso schamloses wie würdeloses Spiel mit uns treiben könnte.

Von höchster Bedeutung ist es, daß Freiherr von Neurath in aller Offenheit jenes Märchen gestrichelt hat, als wenn Deutschland während der letzten Verhandlungen neue Forderungen aufgestellt hätte, die mit dem Gang der vorhergehenden Verhandlungen nicht hätten in Einklang gebracht werden können. Genau das Gegenteil ist der Fall. Durch die Veröffentlichung der Instruktionen, die die deutsche Reichsregierung am 6. Oktober dem deutschen Botschafter in London gegeben hat und die von diesem am gleichen Tage dem englischen Außenminister, Sir John Simon, unterbreitet wurden, kann kein Zweifel mehr daran bestehen, daß wir auch bei dieser Gelegenheit noch einmal das Letzte getan haben, um unter Inverehrung der uns feierlich verbürgten Gleichberechtigung unversehrt die Hand zum Zustandekommen einer Abrüstungskonvention zu bieten.

Wir haben weiter nichts getan, als zu unserem Teil Vorschläge gemacht, die genau den Richtlinien entsprechen, die im MacDonaldplan, also von England selbst, zur Grundlage einer Abrüstungskonvention in Vorschlag gebracht worden sind. Es kann keine Rede davon sein, daß wir in irgendeiner Detailfrage auch nur im geringsten Umfange Abrüstungsforderungen gestellt hätten. Deutlich ist es einzig und allein der Standpunkt der Abrüstungsmotwendigkeit und der Gleichberechtigung vertreten worden.

In Berliner politischen Kreisen wird vor allen Dingen mit höchstem Vertrauen darauf hingewiesen, daß die ganze Entwicklung, die unausweichlich zum 14. Oktober führen mußte, einzig und allein dadurch hervorgerufen ist, daß der englische Außenminister, Sir John Simon, eine Stellung eingenommen hat, die den Sinn der gesamten Abrüstungsverhandlungen, vor allen Dingen aber den Inhalt der überaus schwierigen Verhandlungen der letzten Monate völlig ins Gegenteil verkehrt hat. Man geht logisch so weit, zu sagen, wenn bei der ganzen Entwicklung nach einem Schuldigen gesucht werden sollte, dann ist es einzig und allein der englische Minister des Auswärtigen, der gegenüber den französischen Wünschen und Auffassungen in der Abrüstungsfrage weicht und willfährig geworden ist und den Abrüstungsvorschlag seines eigenen Ministerpräsidenten, den MacDonaldplan, sabotiert hat.

In der deutlichen Auffassung kann es nach der durchaus klaren und leicht zu gebenden, lebhaft auf die Tatsachen abgestellten Rede des Reichsaussenministers gar keine andere Ansicht geben als die hier zum Ausdruck gebrachte.

Im höchsten Grade aufschreckend sind die Schlussworte des Reichsaussenministers. Auch sie sind wieder der klare Nachweis dafür, daß Deutschland gar nicht daran denkt, den Antritt einer Abrüstungskonferenz mitzumachen. Es kann nicht ohne Eindruck bleiben, daß Freiherr von Neurath zum Ausdruck gebracht hat, daß es nunmehr an den anderen Mächten liegt, nach unserem Ausschließen dem Sinn der Genfer Beratungen entsprechend, eine Abrüstungskonvention zustande zu bringen. In der Tat haben wir, wenn die anderen abrüsten wollen, unversehrt dazu nichts weiter zu sagen, denn wir haben bereits mit der Durchführung des Versailles Dekrets die höchstmögliche Abrüstung zur Durchführung gebracht. Wenn man bislang in Genf mit dem Argument spielte, und mit einem anerkennenden Seitenblick auf uns leistungsfähig wurde, daß wir auf dem Boden der Abrüstungskonferenz der Störenfried seien, so kann man mit dieser nichtsnudigen Formulierung heute Geschäfte nicht mehr machen. Die anderen Mächte mögen jetzt, ohne durch uns gehemmt zu sein, eine Abrüstungskonferenz beschließen. Kommt eine solche Ver-

### Die Kabinettsbeschlüsse vom Dienstag.

#### Die neue Reichsbank-Politik und der neue Ministereid.

Berlin. Das Reichskabinett verabschiedete am Dienstag ein Gesetz über die Änderung des Bankgesetzes vom 30. 8. 1924. Danach soll die Leitung der Reichsbank statt bisher vom Generalrat in Zukunft vom Reichspräsidenten ernannt werden. Die auf den Dawes-Plan zurückgehende Institution des Generalrats der Reichsbank wird beseitigt. Die Reichsbank erhält weiter die Befugnis, festverzinsliche Wertpapiere zur Regulierung des Geldmarktes zu kaufen und zu verkaufen, um dadurch nach Möglichkeit auch auf dem Gebiete des Kapitalmarktes regulierend und fördernd eingreifen zu können. Sie soll die gekauften Wertpapiere und in gleicher Weise auch die Lombardforderungen als bankmäßige Notendeckung verwenden dürfen. Ferner sollen die Vorschriften über eine mechanische Erhöhung des Diskontsatzes in Verbindung mit einer Notentzerrung beseitigt werden, da sie sich in der praktischen Erziehung der letzten Jahre als undurchführbar erwiesen haben. Die Reichsbank wird weiterhin ermächtigt, eine Abschlagsdividende zu zahlen, die üblicherweise am 1. Oktober eines jeden Jahres gezahlt werden soll, damit die Reichsbankanteile wieder zu einem bevorzugten Anlagepapier des Sparers werden. Die Verkündung des Gesetzes wird nicht vor dem 28. Oktober erfolgen.

Weiterhin genehmigte das Kabinett eine Änderung des Gesetzes zum Schutze des Einzelhandels vom 12. 5. 1933, das ein allgemeines Verbot der Errichtung neuer Verkaufsstellen des Einzelhandels für die Zeit bis zum 1. November 1933 vorläßt. Durch die heute beschlossene Änderung wird die Sperre bis zum 1. Juli 1934 verlängert.

Das Reichskabinett verabschiedete alsdann ein Gesetz über den vorläufigen Aufbau des deutschen Handwerks, wonach der Reichswirtschaftsminister im Einvernehmen mit

dem Reichsarbeitsminister ermächtigt wird, eine vorläufige Regelung auf der Grundlage allgemeiner Bestimmungen und des Führergrundgesetzes zu treffen. Das deutsche Handwerk im Sinne dieses Gesetzes umfaßt alle in der Handwerkerrolle eingetragenen Betriebe, soweit sie nicht zum Reichsandrang gehören; hierüber treffen der Reichswirtschaftsminister und der Reichsernährungsminister gemeinsam nähere Bestimmungen.

Auf Antrag des Reichswirtschaftsministers beschloß das Reichskabinett, den Reichsfinanzminister zu ermächtigen, namens des Reiches Garantien von insgesamt 10 Millionen Reichsmark für Kredite zu übernehmen, die von gewerblichen Kreditgenossenschaften und von Privatbankiers an Klein-gewerbetreibende gegeben werden. Es handelt sich hierbei um eine Maßnahme im Zuge der Arbeitsbeschaffung, die nur als einmaliger Ausnahmevorgang zu bewerten ist. Die Hälfte der Garantien entfällt auf die Genossenschaften, die andere Hälfte auf Privatbankiers.

Schließlich nahm das Reichskabinett ein Gesetz über die Eidformel der Reichsminister und der Mitglieder der Landesregierungen an. Danach leisten die Reichsminister bei Übernahme ihres Amtes vor dem Reichspräsidenten folgenden Eid:

„Ich schwöre: Ich werde meine Kraft für das Wohl des deutschen Volkes einsetzen, Verfassung und Gesetze wahren, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und meine Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen, so wahr mir Gott helfe!“

Die Mitglieder der Landesregierungen leisten bei Übernahme ihres Amtes vor dem Reichspräsidenten, in Preußen vor dem Reichskanzler denselben Eid.

## Die Führertagung der NSDAP.

### Fragen der Vorbereitung für die Reichstagswahl.

Berlin. Wie die Reichspressstelle der NSDAP durch die NSZ. mitteilt, befahte sich die heute in Berlin abgehaltene Führertagung mit den Fragen der Vorbereitung für die Wahl des 12. November. Am 11. Uhr vormittags fand eine Besprechung der Gauleiter mit dem Führer der NSDAP, Reichstagspräsident, Reichsleiter Dr. Frick, statt, die vor allem der Ausarbeitung der Kandidatenliste galt. Um 15.30 Uhr tagten die Gauleiter und Gaupropagandaleiter unter dem Vorsitz des Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels, der in großen Zügen die Aufgabe der Bewegung für den bevorstehenden Wahlkampf umriß. Die weltpolitische Bedeutung der bevorstehenden Wahl und Volksabstimmung liegt darin, daß sie den Beweis erbringen werden, daß die Regierung Hitler in Deutschland nicht eine Regierung der Gewalt, sondern in Wahrheit die Repräsentantin und die Führerin des deutschen Volkes in seiner Gesamtheit ist.

Dieser Wahlkampf werde mit neuen propagandistischen Methoden geführt werden und durch die Macht aufwachsender Volksmassen kein demonstratives Gepräge erhalten. Die Uebertreibung durch den Rundfunk werde auf wenige besondere Kundgebungen beschränkt. Im Vordergrund stehe die Verammlungsform und die Propaganda von Mund zu Mund.

### Ansprache des Reichskanzlers.

Berlin. (Hauptstadt.) Die Reichspressstelle der NSDAP. teilt mit: Die Führertagung der NSDAP. fand ihren Höhepunkt und Abschluß in einer großen, richtunggebenden Rede, die der Führer am Abend vor den verammelten Reichsleitern, Gauleitern, höheren SA- und SS-Führern, sowie den Gaupropagandaleitern im Plenarsaal des Preussischen Landtages hielt. Rudolf Hess eröffnete die eindrucksvolle Tagung mit Begrüßungsworten. Dann nahm der Führer das Wort.

In seinen großangelegten Ausführungen zur politischen Lage und über die Aufgaben, die sich für den Nationalsozialismus daraus ergeben, befahte sich der Führer zunächst mit der außenpolitischen Situation, die in engem Zusammen-

hang steht mit der innenpolitischen Arbeit der nächsten Wochen. Das außenpolitische Ringen um die Gleichberechtigung, in dessen entscheidendes Stadium die deutsche Nation nunmehr eingetreten sei, sei untrennbar verbunden mit dem Kampf um den wirtschaftlichen Wiederaufstieg, den Kampf um das Brot, den das deutsche Volk seit über 8 Monaten führt. Die politische Betriedung der Welt sei die Voraussetzung zu jeder wirtschaftlichen Genesung.

Der große Irrtum der bisherigen nachnovemberlichen Regierungen in Deutschland sei die Nichtbeachtung des Grundgesetzes gewesen: „Es nicht die Gleichberechtigung zu gestanden ist, ist jede Beteiligung an internationalen Konferenzen von vornherein zwecklos! Seine Vorgänger in der Regierung seien gewissermaßen von jener „Genfer Kränkelei“ befallen gewesen, die sie zu Bestimmen für die Nation und Optimisten für den Wiederaufbau werden ließ. Er das gegen sage: Optimistisch bin ich auf mein Volk, und pessimistisch bin ich auf Genf und den Völkerbund“. Deutschland sei nie friedliebender gewesen, als in dem Augenblick, als es der bisher so wenig erfreulichen Atmosphäre dieser Stadt den Rücken gekehrt habe. Das ganze deutsche Volk stehe hinter der Regierung, wenn sie gegenüber demütigenden Zumutungen erkläre: wir wollen den Frieden, aber wir lassen uns nicht behandeln wie eine Nation zweiten Ranges! Wir derselben Entschlossenheit, mit der die nationalsozialistische Bewegung in den letzten 14 Jahren in Deutschland für ihr Recht gekämpft habe, werde Deutschland ernst und unerbittlich auch außenpolitisch auf seinem Recht bestehen und an seinen Anspruch auf Gleichberechtigung festhalten.

Die Ehre sei genau so wenig ein leerer Wahn, wie es die Treue sei; man könne ihn auf dieser Welt nicht leben. Deutschland wolle den Frieden und nichts als den Frieden. Aber es sei entschlossen, in Zukunft zu keiner Konferenz, in keinen Bund zu gehen, in keine Konvention zu treten, gar nichts zu unterschreiben, solange es nicht als gleichberechtigt behandelt werde!

Jedemwo gebe es eine Grenze, unter die man nicht gehen dürfe, sonst sei man nicht würdig, ein Volk zu führen. (Fortsetzung nächste Seite.)

einbarung zustande, so ist Deutschland jederseits bereit, ihr beizutreten und auch im Völkerbund, dessen Schicksal daran kann auch kein Zweifel sein — mit dem Zustandekommen einer Abrüstungskonvention steht oder fällt, wieder mitzuwirken.

Es konnte in der Tat — das ist die einseitige Auffassung aller politischen Kreise in Berlin — keine wirkungsvollere und klarere Form geben, als die der deutsche Reichsaussenminister gemacht hat, um noch einmal mit aller Bestimmtheit und Sachlichkeit den deutschen Standpunkt zum

Ausdruck zu bringen. In dem geschäftigen Verhandlungsspiel im Laufe der letzten Wochen hat man verlernt, Deutschland einzuschüchtern. In unerbittlichem Wachetum hat man gelaubt, Deutschlands bestimmte Feststellungen in den Wind schlagen zu können. Das entscheidende Handeln der Reichsregierung zeigt die Politik Sir John Simons im rechten Licht. Wir wollen ernsthaft den Frieden. Wir rufen nicht auf, es liegt an den anderen, daß es endlich zu einer wahren Abrüstung und zu einer tatsächlichen Betriedung in der Welt kommt.